

# Grundprinzipien für bildungspolitische Maßnahmen zur Förderung der integrativen/inkluisiven Bildung

Empfehlungen für Bildungs- und Sozialpolitiker/innen



# **Grundprinzipien für bildungspolitische Maßnahmen zur Förderung der integrativen/inkluisiven Bildung**

Empfehlungen für  
Bildungs- und Sozialpolitiker/innen

**Europäische Agentur  
für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung**



Dieser Text fasst Informationen und Ergebnisse von Studien verschiedenster Veröffentlichungen der Europäischen Agentur zusammen, welche dazu beitragen sollen, bildungspolitische Entscheidungen im Hinblick auf die Umsetzung integrativer/inklusive Strategien zu unterstützen.

Der Nachdruck dieses Dokuments ist in Auszügen gestattet, sofern die Quelle eindeutig angegeben wird.

Dieser Bericht und weitere, damit im Zusammenhang stehende Publikationen sind in elektronischen Formaten und in verschiedenen Landesprachen auf der Website [www.european-agency.org](http://www.european-agency.org) abrufbar.

Dieses Dokument wurde erstellt von:

Lucie Bauer, Mitglied des Representative Board der Europäischen Agentur, Österreich

Gudni Olgeirsson, Mitglied des Representative Board der Europäischen Agentur, Island

Filomena Pereira, Mitglied des Representative Board der Europäischen Agentur, Portugal

Christine Pluhar, Mitglied des Representative Board der Europäischen Agentur, Deutschland

Phil Snell, Mitglied des Representative Board der Europäischen Agentur, Vereinigtes Königreich

Herausgeberin: Amanda Watkins, Projekt-Managerin, Europäische Agentur für Entwicklungen in der Sonderpädagogischen Förderung

ISBN: 87-91350-69-7 (elektronische Fassung)

ISBN: 87-91350-54-9 (Druckfassung)

**2003**

## **European Agency for Development in Special Needs Education**

### *Sekretariat:*

Østre Stationsvej 33

DK-5000 Odense C

Dänemark

Tel.: +45 64 41 00 20

Fax: +45 64 41 23 03

[secretariat@european-](mailto:secretariat@european-)

[agency.org](mailto:secretariat@european-)

Internet: [www.european-agency.org](http://www.european-agency.org)

### *Dienststelle Brüssel*

3, Avenue Palmerston

B - 1000 Brüssel

Tel.: +32 2 280 33 59

Fax: +32 2 280 17 88

[brussels.office@european-](mailto:brussels.office@european-)

[agency.org](mailto:brussels.office@european-)

---

## INHALT

<b><u>1 ABSCHNITT 1: EINLEITUNG.....</u></b>	<b><u>3</u></b>
<b><u>ABSCHNITT 2: GRUNDPRINZIPIEN .....</u></b>	<b><u>6</u></b>
<i><u>Rechtliche und politische Rahmenbedingungen, die Integration/Inklusion fördern.....</u></i>	<i><u>6</u></i>
<i><u>Finanzierungsregelungen, die Integration/Inklusion fördern.....</u></i>	<i><u>7</u></i>
<i><u>Wirksame Mechanismen für Aufsicht, Evaluierung und Rechenschaftspflicht.....</u></i>	<i><u>8</u></i>
<i><u>Verbesserter Zugang und mehr Chancen.....</u></i>	<i><u>9</u></i>
<i><u>In diesen Bereichen sollte die Politik aktiv werden.....</u></i>	<i><u>10</u></i>
<b><u>ABSCHNITT 3: ERGEBNISSE AUS DEN VERSCHIEDENEN THEMATISCHEN BEREICHEN.....</u></b>	<b><u>12</u></b>
<i><u>Integrative/inklusive Bildung in Europa.....</u></i>	<i><u>12</u></i>
<i><u>Finanzierung.....</u></i>	<i><u>13</u></i>
<i><u>Unterrichtspraxis.....</u></i>	<i><u>15</u></i>
<b><u>ABSCHNITT 4: ÜBER DIE EUROPÄISCHE AGENTUR.....</u></b>	<b><u>19</u></b>
<b><u>ABSCHNITT 5: LITERATUR UND QUELLEN.....</u></b>	<b><u>21</u></b>
<b><u>ABSCHNITT 6: WEITERE INFORMATIONEN.....</u></b>	<b><u>23</u></b>
<b>1 ABSCHNITT 1: EINLEITUNG</b>	

In diesem Dokument werden Empfehlungen für



bildungspolitische Strategien formuliert, die sich für Schüler/innen mit SPF (Sonderpädagogischem Förderbedarf) in Regelschulen als effektiv erwiesen haben.

Das Dokument wurde von Entscheidungsträgerinnen und -trägern der nationalen Bildungsverwaltungen zusammengestellt, um Kolleginnen und Kollegen in ganz Europa, die an bildungspolitischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, eine Zusammenfassung der Ergebnisse der bisherigen einschlägigen Arbeiten der Europäischen Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderungen zur Verfügung zu stellen (allgemeinere Informationen zur Arbeit der Europäischen Agentur finden Sie in Abschnitt 4).


Die umfangreichen Projekte der Europäischen Agentur – wurden in der Regel unter Beteiligung aller Mitgliedsländer durchgeführt<sup>1</sup>. Die Projektthemen wurden von den Mitgliedsländern ausgewählt. Sie beziehen sich auf Fragestellungen, die in den einzelnen Ländern von besonderem Interesse sind bzw. besondere Anliegen darstellen. Es wurden verschiedene Methoden (Fragebögen, Analysen der einheimischen Fachliteratur oder persönlicher Erfahrungsaustausch mit Fachleuten aus den Teilnehmerländern) eingesetzt, die Ergebnisse wurden in Form von gedruckten Materialien und elektronischen Berichten veröffentlicht. Eine vollständige Liste der in diesem Dokument behandelten Themen finden Sie in Kapitel 5 (Literatur- und Quellenangaben).

In allen Ländern Europas wird anerkannt, dass integrative/inklusive Bildung – oder, wie es in der Charta von Luxemburg (1996) heißt, *eine Schule für Alle* – eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass Menschen mit besonderen

---

<sup>1</sup> Anfang 2003 sind Mitgliedsländer der Europäischen Agentur: Österreich, Belgien (flämische Gemeinschaft), Belgien (französische Gemeinschaft), Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich. Die Tschechische Republik, Estland, Lettland und Litauen beteiligen sich mit Beobachterstatus.

---



Bedürfnissen in allen Aspekten ihres Lebens (Bildung, Berufsbildung, Beschäftigung und gesellschaftliches Leben) Chancengleichheit erhalten. Integrative/inklusive Bildung erfordert flexible Bildungssysteme, die auf die vielfältigen und oft komplexen Bedürfnisse einzelner Lernender abgestimmt werden können.

Integrative/inklusive Bildung ermöglicht allen Lernenden einen vollständigen und gleichberechtigten Zugang zu den Bildungseinrichtungen in ihrem sozialen Umfeld. Die verschiedenen themenspezifischen Projekte haben sich mit einem jeweils anderen Aspekt in diesem Bereich beschäftigt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die diesbezügliche Situation in den einzelnen Ländern jedoch sehr unterschiedlich ist. So variiert die Zahl der schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen, bei denen SPF festgestellt wurde, beträchtlich – in einigen Ländern liegt sie unter 1 %, in anderen über 10 %. Auch die Zahl der Schüler/innen mit SPF in Sonderschulen und -klassen variiert stark. In einigen Ländern werden weniger als 1% aller Lernenden in Sonderschulen und –klassen unterrichtet, in anderen über 4 %. Diese Unterschiede lassen sich eher auf verschiedene Feststellungsverfahren und Finanzierungsregelungen zurückführen als auf tatsächliche Unterschiede in der Zahl der Kinder mit SPF in den einzelnen Ländern.

Trotz der unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen für Integration/Inklusion, konnten anhand der themenbezogenen Projekte der Europäischen Agentur **Grundprinzipien** integrativer/inklusive Strategien ermittelt und **strategiebezogene Ergebnisse** beschrieben werden. Diese werden in den Kapiteln 2 und 3 dargestellt.



## ABSCHNITT 2: Grundprinzipien

Die in diesem Kapitel angeführten Prinzipien beziehen sich auf Strategien, durch die effektive Rahmenbedingungen für integrative/inklusive Bildung geschaffen werden können. Diese Strategien lassen sich aus den Ergebnissen der einzelnen Studien der Europäischen Agentur ableiten.

### **Rechtliche und politische Rahmenbedingungen, die Integration/Inklusion fördern**


In den gesetzlichen Bestimmungen der einzelnen Länder sollte klar integrative/inklusive Bildung als bildungspolitisches Ziel verankert werden. Die Rechtsvorschriften sollten zur Bereitstellung von Angeboten und Einrichtungen führen, die Entwicklungen und Prozesse mit der Zielrichtung einer integrativen/inklusive Bildung fördern. Insbesondere sollte für alle Bereiche der Pflichtschule ein einheitlicher rechtlicher Rahmen gelten.

Die *Regierungen* sollten eine nachdrückliche Politik der Förderung von Integration/Inklusion zum Ausdruck bringen und im Hinblick auf deren Umsetzung allen am Bildungssystem Beteiligten klar und deutlich vermitteln, welche Ziele sie mit dieser Bildungspolitik verfolgen.

Die *Bildungspolitik* sollte

- bei der Planung, Finanzierung, Gestaltung, Umsetzung und Evaluierung der bildungspolitischen Strategien die Bedürfnisse aller Lernenden mit SPF berücksichtigen;
- von einer Philosophie der grundsätzlichen Unterstützung der Einbeziehung und der Erfüllung der Bedürfnisse der Lernenden in allen Bildungssektoren getragen sein;
- flexibel genug sein, um dem Bedarf auf lokaler Ebene gerecht zu werden;
- für den schrittweisen Ausbau einer Politik der Integration/Inklusion sorgen. Kurzfristig sollten gesonderte Aktionspläne oder eine entsprechende

---



Strategie im Rahmen der allgemeinen Bildungspolitik umgesetzt werden werden; mittelfristig sollte die Integration/Inklusion Teil der allgemeinen bildungspolitischen Strategie werden; langfristig sollte die Integration/Inklusion selbstverständlicher Bestandteil innerhalb aller bildungspolitischer Maßnahmen und Strategien sein;

- phasen- und sektorenübergreifend sein und die interdisziplinäre Zusammenarbeit aktiv fördern. Auf nationaler und lokaler Ebene sollten Entscheidungsträger/innen aus der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialverwaltung zusammenarbeiten, um politische Strategien und Pläne aufzustellen, durch die ein multidisziplinärer Ansatz im Vorschulbereich, der Pflichtschule, dem Übergang von der Schule ins Arbeitsleben und der weiterführenden Bildung, insbesondere im Tertiärbereich, aktiv gefördert wird;
- internationale und insbesondere europäische Strategien und Initiativen, bei der Gestaltung nationaler Strategien berücksichtigen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass Schüler/innen mit SPF durch Informationen über Programme der Europäischen Union (z. B. SOKRATES und LEONARDO) deren Angebote besser nutzen können.

Führungskräfte spielen bei der Umsetzung von politischen Strategien eine entscheidende Rolle. Dies betrifft Entscheidungsträger/innen auf der Ebene der Länder, Gemeinden, Schulbezirke und Schulverbände sowie Schulleiter/innen. Sie sollten durch eindeutig vermittelte bildungspolitische Vorgaben und konkrete Hilfe in ihrer Führungsrolle unterstützt werden.

<p style="text-align: center;"><b>Finanzierungsregelungen, die Integration/Inklusion fördern</b></p>
--

Die *Finanzierung* sonderpädagogischer Maßnahmen gehört zu den maßgeblichsten Faktoren für die Integration/Inklusion. Wenn die Vergabe der Mittel nicht im Rahmen einer entsprechenden Politik erfolgt, ist es unwahrscheinlich, dass



Integration/Inklusion in die Praxis umgesetzt werden kann. Folgende Finanzierungsregelungen scheinen integrative/inklusive Bildung wirksam zu fördern:

- dezentralisierte Finanzierungskonzepte, mit denen lokale Einrichtungen effektive Praxis fördern können. Ein dezentralisiertes Modell ist in der Regel kosteneffizient und kann besser auf den lokalen Bedarf abgestimmt werden;
- Flexibilität im Einsatz der Finanzmittel durch die einzelnen Schulen je nach dem festgestellten Bedarf und den Anforderungen im Rahmen der nationalen Politik.

*Angemessene und flexible Formen der Unterstützung für Lehrkräfte, die mit Schülerinnen und Schülern mit SPF arbeiten, sollte Ziel und Ergebnis der bildungspolitischen Strategien sein. Sehr wichtig ist, dass Unterstützung durch Sonderpädagoginnen und -pädagogen verfügbar ist, da nicht von allen Lehrkräften Fachwissen und Fachkompetenz im Umgang mit besonderen Bedürfnissen jeder Art erwartet werden kann. Die Bildungspolitiker/innen müssen dafür sorgen, dass den Lehrkräften vielfältige Unterstützungssysteme zur Verfügung stehen, die auf lokale und individuelle Bedürfnisse abgestimmt werden können.*

*Eingeschränkter oder fehlender Zugang zu bestimmten Einrichtungen und Angeboten kann die Integration von Schülerinnen und Schülern mit SPF behindern und dazu führen, dass ihnen Chancen vorenthalten werden.*

*Die Rolle der Sonderschulen muss neu überdacht werden, da in Europa ein Trend zur Umwandlung von Sonderschulen in Förder- bzw. Sonderpädagogische Zentren besteht. Diese Entwicklung wirkt sich deutlich auf die kurz- und langfristige Planung aller Finanzierungs- und Unterrichtsformen aus.*

**Wirksame Mechanismen für Aufsicht, Evaluierung und Rechenschaftspflicht**

---

Um positive Ergebnisse für Schüler/innen mit SPF zu erzielen, sind effektive Aufsichts- und Evaluierungsmaßnahmen erforderlich. Wenn Partnerschaften zwischen Schulen, Lokalpolitikerinnen und -politikern und Eltern gefördert werden sollen, müssen diese Maßnahmen transparent sein, damit – insbesondere in einem dezentralen System – die Rechenschaftspflicht gestärkt wird. Eine externe Evaluation der Bildungsqualität sollte deshalb Teil aller Aufsichts-, Evaluierungs- und Rechenschaftskonzepte sein.

### **Verbesserter Zugang und mehr Chancen**

Integrative/inklusive Bildungspolitik zielt auf erweiterten Zugang zur Bildung und unterstützt die Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendliche mit SPF entsprechend ihrer individuellen Voraussetzungen. Folgende Aspekte bildungspolitischer Maßnahmen haben sich dabei als wirksam erwiesen:

- Einbeziehung der Eltern als gleichberechtigte Partner in den Prozess der Bildung ihrer Kinder, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, anhand einschlägiger Informationen und eigener Erfahrungen verschiedene Bildungsangebote kennen zu lernen, um begründete Entscheidungen treffen zu können.
- Ermutigung lokaler Schulbehörden, Einrichtungen und Schulen Barrieren in der Lern- und Bewertungspraxis abzubauen, die verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit SPF nach einem auf ihre Bedürfnisse adaptierten Regelschullehrplan unterrichtet werden können. Das könnte durch die Entwicklung eines individuellen Förderplans geschehen. Ein eventueller defizitorientierter diagnostischer (medizinischer) Ansatz zur Feststellung von Lernbedürfnissen sollte durch einen weiter reichenden Bildungsansatz ersetzt werden.
- Förderung positiver Einstellungen im Bildungswesen. Die Einstellung von Eltern und Lehrkräften zur Bildung von Schülerinnen und Schülern mit SPF ist offenbar weitgehend von persönlichen Erfahrungen geprägt. Diese Faktoren müssen in der Bildungspolitik erkannt werden. Zur Förderung positiver Einstellungen sind



- entsprechende Strategien und Ressourcen einzusetzen.
- Motivierung aller Lehrkräfte, für alle Schüler/innen Verantwortung zu übernehmen unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Dies ist ein entscheidender Faktor bei der Förderung der Integration/Inklusion und sollte fester Bestandteil bildungspolitischer Strategien sein. Entscheidend hierfür ist, dass alle Lehrkräfte mit den erforderlichen Fachkenntnissen und Kompetenzen ausgestattet werden, die sie zur Bewältigung dieser Aufgabe brauchen.
  - Zugang zu einem breiten Spektrum flexibler Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und andere Fachkräfte. Es kann nicht häufig genug darauf hingewiesen werden, dass Regelschullehrer/innen mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden müssen, damit sie auf die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Schüler/innen eingehen können.
  - Gezielte Nutzung des Potenzials der IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien), um Ungleichheiten im Bildungswesen zu beseitigen und Integration/Inklusion durch Eingehen auf individuelle Bedürfnisse zu fördern. Deshalb sollte ein bildungspolitischer Schwerpunkt darin bestehen, den Einsatz geeigneter IKT als Werkzeug zu fördern. (z.B.: individuelle Anpassung des Lehrplans, verbesserte Möglichkeiten zur Erreichung der Unterrichtsziele)
  - Der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben sollte durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen und politische Maßnahmen erleichtert werden, die eine direkte Einbeziehung der Jugendlichen sowie die Zusammenarbeit mit ihren Familien, der Schule, des Arbeitsmarktes und weiteren Akteuren unterstützen.

<b>In diesen Bereichen sollte die Politik aktiv werden</b>
--

Durch die einschlägigen Arbeiten der Europäischen Agentur ist deutlich geworden, dass in der integrative/inklusive Bildungspolitik folgende wesentliche Bereiche besondere

---

Aufmerksamkeit erfordern:

- Die wachsende *Spannung* zwischen dem Druck auf Schulen, ein höheres Leistungsniveau vorzuweisen und den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern mit SPF ist eine gegenwärtige und künftige Herausforderung. Lernerfolge von Kindern und Jugendlichen mit SPF müssen in diesem Spannungsfeld als zusätzlicher Wert wahrgenommen werden.
- Es müssen systematische *Aufsichts- und Evaluierungsverfahren* entwickelt werden. Ganz allgemein muss die Frage der Rechenschaftspflicht in der Sonderpädagogik sowohl in integrativen/inkluisiven als auch in separaten Einrichtungen angesprochen werden.
- In allen Bildungsbereichen müssen flexible *Rahmenbedingungen für Unterrichtsangebote*, die eine integrative/inklusive Praxis fördern, geschaffen werden. Die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit SPF muss im Sekundarbereich, in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf, in der weiterführenden und Erwachsenenbildung ebenso viel Aufmerksamkeit erhalten wie im Vorschul- und Primarbereich.
- Ein Gradmesser für den *Willen* zur Förderung der Integration/Inklusion in den einzelnen Ländern ist der Rückgang der Zahl der Lernenden in separierten Spezialeinrichtungen.

Die Bildungspolitikerinnen und -politiker sollten diese Fragen bei der Entwicklung nationaler und lokaler bildungspolitischer Strategien sorgfältig in Erwägung zu ziehen.

### **ABSCHNITT 3: ERGEBNISSE AUS DEN VERSCHIEDENEN THEMATISCHEN BEREICHEN**

In diesem Abschnitt werden einige Hauptergebnisse aus einschlägigen Studien der Europäischen Agentur kurz dargestellt, die sich mit den drei Bereichen der sonderpädagogischen Förderung – integrative/inklusive Bildung, Finanzierung und Unterrichtspraxis – (siehe hierzu Abschnitt 4 – Literatur und Quellen) befassen.

Diese Forschungsarbeiten sind die Grundlage für die in Abschnitt 2 formulierten Grundprinzipien.

#### **Integrative/inklusive Bildung in Europa**

Alle europäischen Länder haben Maßnahmen zur Förderung einer integrative/inklusive Bildung umgesetzt oder arbeiten derzeit daran. In Bezug auf das sonderpädagogische Angebot in Europa lassen sich eine Reihe von Entwicklungen erkennen.


Allgemein gibt es einen Trend zur Umwandlung der Sonderschulen in Förder- bzw. Sonderpädagogische Zentren. Normalerweise haben diese Förder- bzw. Sonderpädagogische Zentren folgende Aufgaben:

- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte
- Entwicklung und Verbreitung von Lehrmaterialien und -methoden
- Unterstützung der Regelschulen und der Eltern
- Punktuelle bzw. Teilzeit-Förderung einzelner Schüler/innen
- Unterstützung beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben

Für eine effiziente Arbeit der Förder- bzw. Sonderpädagogischen Zentren ist es wichtig, dass die Sonder- und die Regelschulen zusammenarbeiten.

Zur Feststellung des SPF und der Bewertung von Schülerinnen

---



und Schülern mit SPF werden in den verschiedenen Ländern ganz unterschiedliche Definitionen und Kategorien verwendet. In einigen Ländern sind lediglich eine oder zwei Kategorien von SPF definiert. In anderen werden Schüler/innen mit SPF während ihrer Schulpflicht in mehr als 10 Kategorien eingeteilt. Die meisten Länder erstellen für Kinder und Jugendliche mit SPF einen individuellen Förderplan. Üblicherweise fließen in einen solchen Plan folgende Elemente ein: Art und Weise der Anpassung des Regelschullehrplans, erforderliche zusätzliche Förderung, Ziele und die Bewertung des gewählten Bildungsansatzes.

Die generelle Grundhaltung der Eltern zur integrativen/inklusive Bildung ist eher positiv, ihre Einstellung wird aber im Einzelnen vor allem durch persönliche Erfahrungen bestimmt. In den Ländern, in denen sonderpädagogische Fördermöglichkeiten vor allem im Sonderschulsystem anzutreffen sind und im Regelschulsystem kaum zur Verfügung stehen, wird selten über positive Erfahrungen mit integrativer/inklusive Bildung berichtet. Wo entsprechende Fördermöglichkeiten und Unterstützungsdienste in Regelschulen angeboten werden, entwickeln die Eltern auch eine positive Einstellung dazu.

In Ländern mit einem stark ausgebauten Sonderschulsystem, üben die Eltern zunehmend Druck in Richtung auf integrative/inklusive Bildung aus. In Ländern, in denen integrative/inklusive Bildung bereits sehr verbreitet ist, zeigt sich eine vorwiegend positive Einstellung der Eltern. Eltern von Kindern und Jugendlichen mit schweren Mehrfachbeeinträchtigungen tendieren (und manchmal auch die Lernenden selbst) zu einer Förderung in getrennten Einrichtungen, da sie davon ausgehen, dass die Sonderschulen mehr Ressourcen, Kompetenzen und Fähigkeiten anbieten als die Regelschulen.

## **Finanzierung**

In den verschiedenen Ländern gibt es unterschiedliche Modelle zur Finanzierung der sonderpädagogischen Förderung. Es



---

können jedoch zwei Hauptmodelle unterschieden werden:

- ein zentrales Modell, in dem die Politik auf nationaler Ebene das Finanzierungssystem vorgibt. Direktfinanzierung für Sonderschulen oder schülerbezogenes Budget sind Beispiele für solche zentralisierten Ansätze;
- ein dezentrales System, in dem den Regionen oder Kommunen die Hauptverantwortung für die Organisation der sonderpädagogischen Förderung und der entsprechenden Dienste zukommt.

In Ländern mit einem zentralen Finanzierungsmodell für Sonderschulen ist im Allgemeinen erhebliche Kritik am System und an verschiedenen Formen strategischen Verhaltens bei Eltern, Lehrkräften und anderen Bildungsakteuren anzutreffen. Dieses Finanzierungsmodell kann zu weniger Integration/Inklusion, mehr Etikettierung und steigenden Kosten führen. Zudem können die Mittel auch für nichtpädagogische Zwecke wie z.B. für Rechtsstreitigkeiten oder bürokratische Feststellungsverfahren eingesetzt werden. Dieses Modell findet überwiegend in Ländern Anwendung, in denen ein relativ hoher Prozentsatz der Schüler/innen mit SPF in getrennten Sonderschuleinrichtungen unterrichtet wird.

Das Finanzierungssystem mit schülergebundenen Budgets (bei dem die einzelnen Lernenden Mittel erhalten, um ihren speziellen Förderbedarf zu decken) scheint ebenfalls Nachteile zu haben. In der Praxis müssen ganz klare Kriterien vorhanden sein, wenn die Mittel individuell gebunden werden. Wenn es nicht möglich ist, solche Kriterien zu entwickeln, stellen schülergebundene Budgets kein erfolgreiches finanzielles Instrument zur Bedarfsdeckung dar.

Im Allgemeinen erscheint es wünschenswert, die Mittel für entsprechende sonderpädagogische Maßnahmen zur Verbesserung integrativer/inklusive Lernangebote am Schulstandort zu schaffen und nicht für einzelne Schüler/innen





einzusetzen.

Die Länder mit einem stark dezentralisiertem Finanzierungssystem berichten im Allgemeinen über positive Auswirkungen. In diesen Systemen werden die Budgets für die sonderpädagogische Förderung von der zentralen Ebene an die regionalen und lokalen Einrichtungen (Kommunen, Bezirke und Schulverbände) weitergeleitet, die dann darüber entscheiden, wie das Geld ausgegeben werden soll und welche Lernenden die speziellen Angebote wahrnehmen sollen. Aus diesen Ländern werden nur sehr wenige negative Nebenwirkungen berichtet und sie sind im Allgemeinen mit ihrem Finanzierungssystem zufrieden.


Systeme, in denen die Gemeinden anhand der Informationen aus den schulischen Förderdiensten oder den Förder- bzw. Sonderpädagogischen Zentren über die Mittelzuweisung entscheiden und die finanziellen Ressourcen für getrennte Einrichtungen die Höhe der Mittel für die Regelschulen unmittelbar beeinflussen, scheinen für die Durchsetzung einer integrativen/inklusive Bildung sehr effektiv zu sein.

Es scheint jedoch ratsam zu sein, dass die Institution, die über die Zuweisung von Mitteln für sonderpädagogische Förderung entscheidet, unabhängigen Rat von Fachleuten auf dem Gebiet der Sonderpädagogik einholt und über die Kapazität und die Mechanismen verfügt, sonderpädagogische Strategien und Dienste einzusetzen und aufrecht zu erhalten.

### **Unterrichtspraxis**

Fallstudien und Ergebnisse der Expertendiskussionen im Rahmen einer Studie der Europäischen Agentur haben ergeben, dass überall in Europa integrative/inklusive Unterrichtspraxis existiert und dass ein effizienter Unterricht für Kinder und Jugendliche mit SPF allen Lernenden zugute kommt.

Verhaltensstörungen, soziale und emotionale Probleme werden als die größte Herausforderung für die integrative/inklusive




---

Beschulung von Lernenden mit SPF in einer Regelschule genannt. Ganz allgemein ist eine der großen Herausforderungen das Eingehen auf unterschiedliche und vielfältige Lernbedürfnisse im Unterricht.

In der integrativen/inkluisiven Bildung scheinen vor allem die folgenden fünf pädagogischen Ansätze besonders effektiv zu sein:

- *Kooperativer Unterricht* – die Lehrkräfte arbeiten mit anderen Lehrkräften (Sonderpädagoginnen und -pädagogen oder Kolleginnen und Kollegen), dem/der Schulleiter/in und anderen Fachkräften zusammen.
- *Kooperatives Lernen* - Lernende, die sich gegenseitig helfen, profitieren vom gemeinsamen Lernen, besonders wenn ihr Leistungsstand unterschiedlich ist.
- *Kooperatives Problemlösen* – alle Lehrkräfte vereinbaren mit allen Schülerinnen und Schülern klare Verhaltensnormen und Spielregeln – in Kombination mit geeigneten positiven oder negativen Anreizen hat sich ein solches Vorgehen zum Abbau von Störungen im Unterricht als besonders effektiv erwiesen.
- *Heterogene Arbeitsgruppen* – Heterogene Gruppen und ein differenzierter Unterrichtsansatz sind notwendig und effizient, um Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen innerhalb einer Klasse gerecht zu werden.
- *Effiziente Unterrichtsplanung und individuelle Ausrichtung* – alle Lernenden, einschließlich derjenigen, die sonderpädagogisch gefördert werden müssen, erzielen bessere Leistungen, wenn ihre Arbeit systematisch überwacht, bewertet, geplant und evaluiert wird. Der Lehrplan kann den individuellen Bedürfnissen angepasst werden und mit Hilfe des individuellen Förderplans adäquat umgesetzt werden.

Vielfältige Bedingungen, sowohl auf Seiten der Lehrkräfte als auch auf Schulebene, beeinflussen die Unterrichtspraxis und entscheiden, ob Integration/Inklusion gelingt oder nicht. Auf der Ebene der einzelnen Lehrkräfte:

- 
- 
- Integration/Inklusion hängt weitgehend von der Einstellung der Lehrkräfte gegenüber Schülerinnen und Schülern mit SPF ab, von ihrem Blick auf die unterschiedlichen Voraussetzungen im Unterricht und ihrer Bereitschaft, positiv und effizient auf diese Unterschiede zu reagieren.
  - Den Lehrkräften kommt eine Schlüsselrolle darin zu, zusätzliches Personal oder andere Ressourcen für bestimmte Schüler/innen in enger Zusammenarbeit mit allen involvierten Parteien zu mobilisieren.
  - Den Lehrkräften kommt beim Ausbau der sozialen Beziehungen unter den Lernenden eine entscheidende Rolle zu. Für die erfolgreiche soziale Integration/Inklusion sind befriedigende Beziehungen zwischen den Gleichaltrigen eine wesentliche Voraussetzung.

#### Auf Schulebene:

- Art und Zahl der Ressourcen, die die Lehrkräfte im Unterricht mit Schülerinnen und Schülern mit SPF einsetzen können, hängen von der Organisationsstruktur der Schule ab. Die Förderung kann schulintern erfolgen, aber auch über externe Förderdienste und Kooperationen ermöglicht werden.
- Manchmal erfordern kleine Gruppen von Schülerinnen und Schülern mit SPF besondere Aufmerksamkeit, und einige gesonderte Förderstunden können dazu beitragen, dass sie weiter am Regelunterricht teilnehmen können. Wichtig dabei ist, dass diese Maßnahme natürlich und flexibel eingesetzt wird und nicht nur auf Lernende mit SPF beschränkt bleiben, sondern gelegentlich auch auf alle Schüler/innen angewandt wird.
- Die Fähigkeit von Schulen zusammenzuarbeiten, um den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit SPF gerecht werden zu können, kann ein entscheidender Faktor für die Verwirklichung von Integration/Inklusion sein.
- Die Haltung der Schulleitung ist für die



integrative/inklusive Bildung von entscheidender Bedeutung. In Schulen, in denen integrative/inklusive Bildung erfolgreich betrieben wird, regen die Schulleiter/innen häufig Veränderungen an und sorgen dafür, dass sie umgesetzt werden. Solche Veränderungen betreffen z.B. die strategische Unterrichtsplanung und Evaluation, die Organisation von Teams für den integrativen/inklusive Unterricht und die konstante Einbeziehung aller Mitarbeiter/innen zur Weiterentwicklung der Integration/Inklusion.

- Die Spielräume, die eine Schule und ihre Leitung bezüglich der Nutzung finanzieller Mittel zur Umsetzung ihrer eigenen Entscheidungen haben, sind für die Entwicklung und den Ausbau integrativer/inklusive Unterrichtspraxis äußerst wichtig.

Entscheidend für den Erfolg von integrativen/inklusive Strategien ist auch die Rolle der Eltern. Die Eltern sollten nicht nur als "Kunden", sondern als "Partner" im Bildungsprozess gesehen werden. In Zusammenarbeit mit der Schule, externen Einrichtungen und anderen Fachkräften sollten auch die Eltern ein explizites Mitspracherecht haben und in die Planung, Durchführung, Evaluierung und den Aufbau und Inhalt der Bildung ihres Kindes, einschließlich der Entwicklung seines individuellen Förderplans, einbezogen werden.

---

## ABSCHNITT 4: ÜBER DIE EUROPÄISCHE AGENTUR

Die Europäische Agentur für Entwicklungen in der Sonderpädagogischen Förderung ist eine unabhängige, selbst verwaltete europäische Einrichtung, die von den Bildungsministerien ihrer Mitgliedsstaaten eingerichtet wurde, um als Plattform für die Zusammenarbeit im Bereich der sonderpädagogischen Förderung zu dienen.

Die Europäische Agentur wird finanziell und politisch von den Bildungsministerien der Mitgliedsstaaten der Agentur unterstützt: Österreich, Belgien (flämische Gemeinschaft), Belgien (französische Gemeinschaft), Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich. Die Tschechische Republik, Estland, Lettland und Litauen nehmen als Beobachter teil.

Die Europäische Agentur unterhält kooperative und sich gegenseitig unterstützende Beziehungen zu anderen wichtigen europäischen und internationalen Gremien und Organisationen im Bereich Bildung und sonderpädagogische Förderung (wie der Europäischen Kommission und ihren Gremien, der OECD, der UNESCO, dem *European SchulNet*, dem *Nordic Council*). Dadurch kann die Europäische Agentur Interessentinnen und Interessenten an die einschlägigen Gremien verweisen, die über Informationen und Sachkenntnisse verfügen, die die Agentur nicht unbedingt selbst besitzt.

Bei allen Aspekten ihrer Arbeit berücksichtigt die Europäische Agentur die wichtigsten Deklarationen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit SPF wie zum Beispiel die Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte (1993), die Erklärung von Salamanca (1994), die Charta von Luxemburg (1996), die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen (2001) und die Madrid-Deklaration des europäischen Behindertenforums „Nichtdiskriminierung + positive Aktion = soziale Inklusion“ (2002).



Die Europäische Agentur leistet einen Beitrag zu den verschiedenen Debatten zur Verbesserung der Bildungspolitik, der Praxis und des Angebots für Lernende mit besonderen Bedürfnissen und ihre Familien. Ihre Arbeit berücksichtigt Themenstellungen in den Bereichen Chancengleichheit, Zugänglichkeit und integrative/inklusive Bildung. Die Agentur verfolgt damit das Ziel, für Lernende mit SPF eine qualitativ hoch stehende Bildung zu fördern und dabei die Unterschiede in den politischen Strategien, der Praxis und den Rahmenbedingungen der verschiedenen Länder anzuerkennen.

Die wichtigsten Zielgruppen für die Arbeit der Europäischen Agentur sind Entscheidungsträger/innen, sowie Expertinnen und Experten, die überall in Europa auf Politik und Praxis der sonderpädagogischen Förderung - auf lokaler und auf nationaler Ebene - Einfluss nehmen. Neben der Bereitstellung von Informationen auf europäischer Ebene fördert die Europäische Agentur die berufliche Weiterbildung durch direkten Informations- und Erfahrungsaustausch.

Mehr Informationen über die Arbeit der Europäischen Agentur finden Sie unter folgender Adresse:

[www.european-agency.org](http://www.european-agency.org)

---

## ABSCHNITT 5: LITERATUR und QUELLEN

Europäische Kommission, GDXXII (1996): **Die Charta von Luxemburg**, Brüssel, Belgien

Europäisches Behindertenforum (2002): **Die Deklaration von Madrid – „Nichtdiskriminierung + positive Aktion = soziale Integration“**. Brüssel, Belgien.

Europäisches Parlament: Entschließung zur Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – **Auf dem Weg zu einem Europa ohne Hindernisse für Menschen mit Behinderungen**, angenommen am 4. März 2001 (KOM (2000) 284 – C5-0632/2000-2000/2296 (COS))

Vereinte Nationen: **Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte**, verabschiedet durch die Resolution der Generalversammlung 48/96 vom 20. Dezember 1993.

UNESCO (1994): **World Conference on Special Needs Education: Access and Quality** (Weltkonferenz "Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugang und Qualität"). Salamanca: UNESCO.

*Das vorliegende Dokument stützt sich auf die folgenden Veröffentlichungen der Europäischen Agentur:*

European Agency for Development in Special Needs Education, Herausgeber: C.J.W. Meijer (1998): **Integration in Europe: Trends in 14 europäischen Ländern**. Middelfart, Dänemark

European Agency for Development in Special Needs Education, Herausgeber: C.J.W. Meijer (1999): **Finanzierung der Sonderpädagogischen Förderung – Eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Finanzierung der sonderpädagogischen Förderung und Integration**. Middelfart, Dänemark.





European Agency for Development in Special Needs Education, Herausgeber: C.J.W. Meijer (2003): **Inclusive Education and Classroom Practices**. Middelfart, Dänemark. (nur in englischer Sprache)

European Agency for Development in Special Needs Education; Herausgeber: V. Soriano (1998): **Teacher Support. Die Organisation von Unterstützung für Lehrkräfte, die im Bereich der sonderpädagogischen Förderung in der Regelschule arbeiten**. Middelfart, Dänemark.

European Agency for Development in Special Needs Education, Herausgeber: V. Soriano (2002): **Übergang von der Schule ins Berufsleben. Probleme, Fragen und Optionen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in 16 europäischen Ländern**. Middelfart, Dänemark.

European Agency for Development in Special Needs Education, Herausgeber: A. Watkins (2001): **Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in der sonderpädagogischen Förderung**. Middelfart, Dänemark.

---

## ABSCHNITT 6: WEITERE INFORMATIONEN

Die Kontaktadressen der politischen Vertreter der Mitgliedstaaten der Agentur sind auf den Länderseiten (*National Pages*) und dort im Abschnitt *RB Member* auf der Website der Europäischen Agentur zu finden: [www.european-agency.org](http://www.european-agency.org)

Auszüge und Volltextfassungen des gesamten Quellenmaterials für dieses Dokument können von der Website der Europäischen Agentur in verschiedenen Sprachen heruntergeladen werden (Abschnitt *Publications*): [www.european-agency.org](http://www.european-agency.org)

Druckversionen sämtlicher Dokumente können kostenlos bestellt werden bei:  
[secretariat@european-agency.org](mailto:secretariat@european-agency.org)

Detailliertere Informationen zu Politik und Praxis im Bereich des Übergangs von der Schule ins Berufsleben sind in der Datenbank zu finden:

[www.european-agency.org/transit/index.html](http://www.european-agency.org/transit/index.html)

Ein eigenes Strategiepapier zum Thema kann von der Website der Europäischen Agentur heruntergeladen werden.

Weitere detaillierte Information zu Politik und Praxis im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Sonderpädagogischen Förderung sind in der Datenbank zu diesem Thema zu finden:

[www.european-agency.org/ict\\_sen\\_db/index.html](http://www.european-agency.org/ict_sen_db/index.html)

Auf der Website ist außerdem ein Papier mit künftigen Visionen zu finden, das auch auf Aspekte der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Sonderpädagogischen Förderung eingeht.

Eingehendere Informationen zu Unterrichtspraxis und Integration/Inklusion sind unter diesem link zu finden:  
[www.european-agency.org/IECP.html](http://www.european-agency.org/IECP.html)

Die Europäische Agentur wird im Laufe des Jahres 2003 ein eigenes Strategiepapier zur Unterrichtspraxis herausbringen. Dieses wird dann ebenfalls auf der Website zu finden sein.





Die Broschüre „Grundprinzipien für bildungspolitische Maßnahmen zur Förderung der integrativen/inkluisiven Bildung“ wurde von einer Gruppe von Bildungsverantwortlichen aus den Mitgliedsländern der European Agency für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung erarbeitet mit dem Ziel politische Entscheidungsträger/innen über geeignete Strategien und effiziente Maßnahmen im Zusammenhang mit der integrativen/inkluisiven schulischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu informieren.

Als Grundlage für die Ausarbeitung der "Grundprinzipien" wurden die Ergebnisse einiger bisher durchgeführter themenrelevanter Studien- und Projekte der Europäischen Agentur herangezogen, die bereits als gesonderte Publikationen erschienen sind: Angebote und Maßnahmen für sonderpädagogischer Förderung in europäischen Ländern, Unterstützungssysteme für Lehrkräfte, Finanzierung sonderpädagogischer Maßnahmen, Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der sonderpädagogischen Förderung, Übergang Schule – Beruf sowie Effiziente integrative Unterrichtspraxis.

Diese Veröffentlichung soll Möglichkeiten und Strategien aufzeigen, die Entscheidungsträger/innen bei der bildungspolitischen Gestaltung und Umsetzung von integrativer/inkluisiver Förderung in wirkungsvoller Weise unterstützen können.

